

R

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftleitg. u. Geschäftsstelle Dresden-K. 1, Gr. Zwingenstr. 16. Tel. 14574 u. 21295.
Postfach-Konto Dresden 2486 / Einzahl-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 5 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtag-Beilage, Ziehungsliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzpflanzen-Verkaufsliste der Staatsforstverwaltung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bloß in Dresden.

Nr. 7

Dresden, Sonnabend, 9. Januar

1932

Das Programm des Preiskommissars für Sachsen.

Dresden, 9. Januar.
Ministerialrat Dr. Schelcher, der für Sachsen bestellte Vertreter des Reichspreiskommissars, hatte heute morgen die Vertreter der sächsischen Presse zu einer Besprechung im Ministerialgebäude gebeten, um ihnen sein Programm zu entwickeln. Es ist, wie er einleitend ausführte, natürlich das Programm des Reichskommissars. Dieser hat sich selbst alle Gebiete des Wirtschaftslebens vorbehalten, die, weil eine Beeinflussung von Berlin aus möglich ist, zweckmäßig zentral geregelt werden. Für den Kommissar in Sachsen bleiben für selbständige Arbeit übrig die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, soweit sie im kleinen Marktverkehr gehandelt werden. Das sind vornehmlich Kartoffeln, Gemüse, Eier, Geflügel und Binnenfische (Kaugenommen und der zentralen Verarbeitung von Berlin aus vorbehalten sind dagegen Milch, Butter, Schmalz und Fleisch).

Außerdem sind der Bearbeitung in den Ländern die Preise einiger Handwerke zugewiesen, vor allem des Sattler- und des Tischlergewerbes.

Als zweite Hauptaufgabe, und zwar als die wichtigere liegt dem sächsischen Kommissar ob, die Durchführung der Verordnungen des Reichskommissars zu überwachen und zu sichern. Dr. Schelcher betonte hierbei, daß er das Bestreben haben werde, möglichst im Einvernehmen mit den berechtigten Wirtschaftskreisen vorzugehen, da die Kriegsverordnungen bewiesen hätten, daß mit obrigkeitlichen Eingriffen allein ein Erfolg in wirtschaftlichen Dingen nicht gewährleistet sei. Man müsse immer berücksichtigen, daß die Maßnahmen letzten Endes sowohl dem Verbraucher wie dem Hersteller und Verkäufer zugute kommen sollen, daß ein Interessenszusammenhang zwischen beiden bestehe.

Die Senkung der Preise sei eine wirtschaftliche Notwendigkeit, die von selbst erfolgen müsse. Er stimme mit dem Reichskommissar auch darin überein, daß er durch seine Tätigkeit nur vorzugehen wolle, was zwingend notwendig sei, daß seine Arbeit eine Beschleunigung eines selbsttätigen Vorgangs darzustellen habe. Diese Beschleunigung sei notwendig, weil die Sanierung der Wirtschaft dränge und weil die Zurückhaltung der Käufer vermieden werden müsse, die sonst zum lähmenden Konsumrückgang führen werde.

Mit geringstem Büroaufwand gedente er seine Aufgabe zu lösen. Die Behörden in Stadt und Land sind beauftragt, mit dem Kommissar zusammenzuarbeiten, er werde unverzüglich mit ihnen in Verbindung treten.

Im einzelnen führte Dr. Schelcher aus, daß zunächst die Vereinbarung des Reichskommissars mit dem Siedergewerbe ihre Wirkung auslöse. Die Preisspanne beim Brot solle auf höchstens 14 Pf. bemessen werden. Wenn in

Sachsen sich diese Brotverbilligung weniger als anderwärts bemerkbar mache, so liege das daran, daß hier die Spanne geringer ist als in anderen Ländern. So hätten Dresden und Leipzig eine Preispanne von 12 Pf., während sie in München 23 Pf. betrug. Über die Wästenpanne und die Großhandelspanne schweben noch Verhandlungen beim Reichskommissar.

Die Fleischspanne wird nach Vereinbarung mit dem Fleischergewerbe ebenfalls gesenkt. Es sind beim Reichskommissar Klagen eingelaufen, daß diese Vereinbarung in Sachsen nicht genügend durchgeführt werde, und deshalb wurde neuerlich angeordnet, daß auf die Durchführung besondere Aufmerksamkeit zu richten sei.

Über die Verbilligung der Kohle wird eine Konferenz der Länder beraten.

Die Ausdehnung des Preiskontrollzwangs auf verschiedene Kolonialwaren, Obst, Gemüse und auf Schuhreparaturen wird erwogen. Dieser Zwang ist ein gutes Mittel, das Publikum zur Mitharbeit anzuregen. Die Handwerkerinnungen sind angewiesen, ihre Preise auf schärfste zu berechnen — nach Möglichkeit will der Reichskommissar den Erlaß von Verordnungen vermeiden. Gewerbetreibende, die Preisfestsetzungen in Anknüpfungen vorkäuflichen, sollen wegen unfauleren Wettbewerbes streng verfolgt werden, nötigenfalls wird solchen Schädlingen das Geschäft geschlossen werden.

Für Sachsen finden zurzeit Verhandlungen mit den Verbänden des Kleinhandels wegen der Senkung der Preise für Gemüse, Obst und Kartoffeln statt. Es wird im wesentlichen auf eine Senkung der Preispanne ankommen, da die Erzeugerpreise nach der Feststellung des Reichskommissars schon unter Preisniveau stehen.

Von den Vertretungen des Sattler-, Tischler-, Klempner- und Installationsgewerbes erhofft Dr. Schelcher in Verhandlungen Vorschläge für eine Herabsetzung ihrer Preise zu erhalten. Im Notfall werde er freilich seine Befugnisse anwenden.

An das Ministerium schloß sich eine Aussprache, in der die Pressevertreter verschiedene Wünsche und Anregungen vorbrachten. U. a. wurde auf die große Verschiedenheit der Brotpreise in Dresden (Differenz von 30 Pfennig pro Bierpundbrot), auf die wegen der Schwierigkeit der Nachprüfung falsche Maßnahme der Bäder, die Betrüben nicht im Preis zu senken, jondern im Gewicht zu erhöhen, auf die großen Unterschiede in den Fleischpreisen zwischen Dresden und Freital (in Freital Winderpreise von 40—80 Pfennig für das Pfund) hingewiesen und das Rabattwesen im Einzelhandel angegriffen.

Dr. Schelcher versprach, all dem nachzugehen und nach Möglichkeit Überläufe abzustellen. Damit wurde die Sitzung geschlossen.

Die Vertreter des Einzelhandels beim Reichskommissar für Preisüberwachung.

Berlin, 8. Januar.
In einer Besprechung des Reichskommissars für Preisüberwachung mit Vertretern der Hauptgemeinschaft der deutschen Einzelhandels über die unbedingte notwendigen Preislenkungsmaßnahmen erklärte sich der Einzelhandel bereit, den Reichskommissar auch weiterhin zu unterstützen durch Klärung der Verbraucher über die Bedeutung der Preislenkungsaktion und durch Freiausdrückung der Waren — soweit nicht im einzelnen durch Anordnungen vorgezeichnet. In der Frage der Preisfestsetzung bei den Wertwaren, Steuern und Zulagenpreisen wies der Reichskommissar darauf hin, daß sich das Ausmaß der Senkung erst nach dem 10. Januar genauer werden übersehen lassen. Der Reichskommissar betonte, daß er eine Zusammenarbeit mit den Vertretungen des Einzelhandels im Interesse der schnellen Lösung der Preisprobleme begrüße.

Beschleunigte Reform der Sozialversicherung.

Berlin, 8. Januar.
Wie wir erfahren, rechnet man in unterrichteten Kreisen damit, daß das Werk der Sozialversicherungsreform, das im Reichsarbeitsministerium

gegenwärtig vorbereitet wird, dem Reichstag noch bei seiner Februartagung vorgelegt werden kann. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage geprüft, ob die Grenze der Angehörigerversicherungspflicht entsprechend der allgemeinen Einkommensenkung herabgesetzt werden soll.

Die Wirtschaftspartei an Reichstagsler Dr. Brüning.

Berlin, 8. Januar.
Wie das Nachrichtenbüro des SPD meldet, hat die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei an die Reichsregierung, zu Händen des Reichstagslers Dr. Brüning, folgendes Telegramm gerichtet:
„Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei richtet die dringende Bitte an die Reichsregierung, unverzüglich finanzielle Beihilfe an die durch Hochwasser schwer geschädigten Gebiete, insbesondere an Sachsen, Thüringen, Anhalt, Baden, Schlesien usw. zu gewähren und zur Behebung der dringenden Not sofort Mittel bereitzustellen.“

Ein spanisches Jesuitenloster in Brand gesteckt.
Nach einer Mitteilung des Innenministeriums ist das Jesuitenloster in Oña (Provinz Burgos) in Brand gesteckt worden. Mehrere Einzelbetten fehlen noch.

Zu den Verhandlungen über die Amtsverlängerung des Reichspräsidenten.

Ein Artikel der „Germania“.

Berlin, 8. Januar.
Unter der Überschrift „Einmal einzig sein!“ behandelt die „Germania“ den Plan einer Amtsverlängerung des Reichspräsidenten. Sie sagt, die darauf gerichteten Bemühungen der Reichsregierung, die selbstverständlich im Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten unternommen würden, gingen zunächst dahin, im Reichstag eine Einheitsfront der Parteien für ein diesbezügliches Gesetz, das verfassungsmäßigen Charakter trage, zu gewinnen. Es sei eine aus sachlichen und persönlichen Gründen unverzichtbare Forderung, daß — abgesehen von den Kommunisten — alle deutschen Parteien sich in diese Einheitsfront einliehen und dem Gesetz ihre Zustimmung gäben. Das Blatt nennt die Hoffnung nicht unberechtigt, daß angesichts der unabweisbaren Entscheidungen, die das deutsche Volk einmütig in diesen Monaten von der Welt zu fordern habe, alle auf der parteipolitischen Ebene liegenden Reibekräfte wenigstens hinsichtlich dieser einen staatspolitischen Handlung einmal geschlossen zurückgestellt würden. Die Verantwortung dieser, die sich diesem Ziele etwa entgegenstellen sollten, sei nicht gering. Zum Schluß sagt das Blatt: Die Entscheidung, die von den Parteien getroffen wird, vertritt keine Bedingung und keine Verzögerung. Es wäre eine Entwürdigung des solidarisches Aktes, wenn dieser mit politischen Gegenforderungen belastet würde, die gerade das Beste verschlagen würden. Die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen, Herr Hitler und Herr Hugenberg werden sich noch heute entscheiden müssen.

Die Deutschnationalen und die Reichspräsidentenfrage.

Berlin, 8. Januar.
Die Deutschnationale Volkspartei im Wahlkreis Berlin veranstaltete heute abend acht große Kundgebungen.
Im Nationalhof sprach der Pressesekretär der Deutschnationalen Volkspartei, Brosius, der sich vor allem mit den Erörterungen über die Frage der Amtsverlängerung des Reichspräsidenten beschäftigte. Er führte aus, daß die Besprechungen am Sonnabend und die Beratungen der deutschnationalen Reichstagsfraktion die endgültige Entscheidung bringen würden. Heute aber müsse schon gesagt werden, wenn die Regierung ihr Vorgehen damit begründe, daß sie eine Reichspräsidentenwahl während der außenpolitischen Verhandlungen vermeiden wolle, dann hätte sie diesen Schritt drei Monate früher unternommen sollen, ehe die außenpolitischen Verhandlungen schwebten. Heute müsse ein solcher Schritt als eine Vertrauenslandgebung für die Regierung Bräutigam angesehen werden. Die Regierung wisse aber ganz genau, daß die Deutschnationalen und die gesamte nationale Opposition dies Vertrauen zu ihr nicht hätten. Die Regierung würde der Nation einen größten Dienst erweisen, wenn sie noch vor der Konferenz von Louanne zurücktreten würde.
Die Ausführungen der Redner in den anderen Versammlungen gipfelten in einer scharfen Polemik gegen die Rotverordnungspraktik der Reichsregierung und in der Forderung, daß bei den kom-

„Eiserne Front“ und Präsidentenwahl.

Berlin, 8. Januar.
Das Reichsbanner veranstaltete heute abend in den Germania-Hallen eine öffentliche Kundgebung, in der Regierungsrat Dr. Wulke u. a. ausführte, der Reichspräsident sei von der politischen Rechte gewählt worden. Wenn die Republikaner heute die Möglichkeit freier Bestimmung in Deutschland hätten, dann wäre Herr v. Hindenburg nicht mehr ihr Kandidat, aber im Interesse der Republik sei Hindenburg besser als Hitler. Deshalb würden die Republikaner für die Präsidentschaft Hindenburgs eintreten. Der Bundesvorstand des Reichsbanners sei sich darüber schlüssig

menden Verhandlungen keine „Zwischenlösung“ angenommen werden dürfe. Der Vizepräsident des Reichstages, Abg. Graef (Thüringen), sprach sich in einer Kundgebung der Münchener Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei gegen eine Verlängerung der Präsidentschaft Hindenburgs aus, ohne daß er damit Kritik an der Person des Reichspräsidenten übte.

Der „Völkische Beobachter“ zu den Berliner Besprechungen.

München, 8. Januar.
Im „Völkischen Beobachter“ wird betont, in politischen Kreisen erblide man in der geistigen Unterordnung des Reichspräsidenten mit Hilfe der Anerkennung der Tatsache, daß auch die Reichsregierung an der nationalsozialistischen Bewegung nicht vorbeigehen könne, zumal eine so wichtige Frage, wie sie in den Besprechungen angeschnitten wurde, ohne die RSDAP nicht zu entscheiden sei.

Zu den Ausführungen des „Vorwärts“ bemerkt der „Völkische Beobachter“: Daß die Verlängerung des verfassungsmäßigen Zustandes, der die fortgesetzten Verfolgungen der RSDAP durch rote Länderregierungen erlaubt, im Sinne der Wünsche der Sozialdemokratie liegt, glauben wir gern. Aber wir glauben nicht, daß das der Sinn einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten sein kann. Der „Vorwärts“ müsse anerkennen, daß jede nationalsozialistische Zusage zunächst einmal die Wiederherstellung gleicher verfassungsmäßiger Rechte für alle politischen Parteien zur mindesten Voraussetzung haben müsse.

Entgegnung des „Vorwärts“.

Berlin, 8. Januar.
Zu der oben zitierten Äußerung des „Völk. Beobachters“ schreibt das sozialdemokratische Zentralorgan:
Wir haben keinen Anlaß, uns mit dem „Völkischen Beobachter“ in diesem Zusammenhang über die Frage zu unterhalten, ob das Vorgehen der Behörden in Preußen gegen die RSDAP berechtigt ist oder nicht. Vielleicht beantwortet der „Völkische Beobachter“ zunächst einmal die Frage, ob denn die RSDAP nach Übernahme der Macht — die ja nach ihren Äußerungen demnächst erfolgen wird — die gleichen verfassungsmäßigen Rechte für alle Parteien anerkennen und schätzen will. Dann wollen wir weiter darüber reden! Einweisen stellen wir fest, daß über Bedingungen für die Fällung der Nationalsozialisten in der Frage Hindenburg nicht geredet werden darf.
In demselben Artikel sagt das Blatt ferner: Über Bedingungen zu verhandeln wäre vollkommen zwecklos, da die Sozialdemokratie nicht daran denkt, einen Handelsvertrag zwischen der Rechten und der Reichsregierung zu ratifizieren. Ohne Mitwirkung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist eine Verlängerung der Amtsperiode des Reichspräsidenten nicht möglich. Eine Mitwirkung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kann aber erst dann in Erwägung gezogen werden, wenn eine hundertprozentige Garantie dafür gegeben ist, daß auch die Mitwirkung der anderen Fraktionen bedingungslos erfolgt.

geworden, daß durch die Präsidentschaft Hindenburgs der Bürgerkrieg verhindert werden könne. Daß Reichstagsler und Reichsinnenminister Hitler empfangen, sei den Republikanern unerträglich, zumal der Reichstagsler noch vor wenigen Wochen die Legalität der Nationalsozialisten bezweifelt habe. Das beste wäre, den „Landflüchtling“ Hitler je eher je früher aus Deutschland auszuweisen. „Wenn Hitler“, so sagte der Redner, „illegal oder legal — ich betone das —, in Deutschland zur Macht kommt, dann bedeutet das für Deutschland den Bürgerkrieg.“
Der Staatspartei Landtagsabgeordneter Orzimek kritisierte die bisherige Zurückhaltung der Republikaner und mahnte, jetzt entscheidend vor-

Amtlicher Teil.

Bergütung für Ausbittunterricht an den Volk-, Hilt- und Berufs-schulen, den höheren Schulen sowie den gewerblichen Lehranstalten.

Im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern und dem Finanzministerium wird folgendes bestimmt:
1. Die in Abschnitt A Ziffer 4 der Verordnung vom 23. November 1931 (S.O.B.L. d. Min. f. B. S. 91) festgelegten Stundensätze der Ausbittlehrer verlieren infolge der Vierten Reichsnotverordnung vom 8. Dezember 1931 (R.O.B.L. I S. 699) mit Wirkung vom 1. Januar 1932 an ihre Geltung; sie werden mit Wirkung vom gleichen Zeitpunkt an durch folgende Beträge ersetzt:

Table with 3 columns: a) bei Studienassessoren an höheren Schulen, b) bei akademisch vorgebildeten Lehrkräften an Berufsschulen, c) bei geprüften Fachlehrerinnen an höheren Schulen, etc. Includes a table with columns 'in Stufe I', 'II', 'III' and corresponding amounts.

2. Der in Abschnitt C der Verordnung vom 23. November 1931 (S.O.B.L. d. Min. f. B. S. 91) bezeichnete Stundensatz von „100 RM.“ wird mit Wirkung vom 1. Januar 1932 an auf „96 RM.“ herabgesetzt.

Ministerium für Volksbildung und Wirtschaftsministerium. Bei der für die Kreisgesundheitsämter...

Landesgesundheitsamt. Folgende im Grundbuche für Dresden-Lochwitz auf den Namen Paul Emil Jismantel eingetragenen Grundstücke sollen...

Sächsische Grundstücke unter 1-3 sind zusammen dem Verfehrswerte nach auf insgesamt 210 000 RM. geschätzt. Die Ansicht der Mitteilungen des Grundbuchamts und der übrigen die Grundstücke betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem geklärt (Zimmer 122a).

Rechte auf Verdringung aus den Grundstücken sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 20. März 1931 verlautbarten Verfehrungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Verfehrungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden...

Folgende Grundstücke sollen am 23. Februar 1932, an der Gerichtsstelle, Hartorfstraße 11, Erdgesch., Zimmer 8, im Wege der Zwangsversteigerung veräußert werden:

1. vormittags 9 Uhr, Za 297/31, Blatt 389 des Grundbuchs für Leipzig-Löschnitz, eingetrag. Eigentümer: Kaufmann Hugo Ernst...

2. vormittags 1/10 Uhr, Za 152/31, Blatt 4534 des Erbbau-Grundbuchs für Leipzig, eingetrag. Eigentümer: Architekt Hermann Willy Richter...

3. vormittags 1/10 Uhr, Za 126/31, Blatt 6244 des Grundbuchs für Leipzig, eingetrag. Eigentümer: Kaufmann Leopold Hermann Wiegner...

4. vormittags 10 Uhr, Za 319/31, Blatt 3616 des Grundbuchs für Leipzig, eingetrag. Eigentümer: Gattin Mari Richard Taube...

Rechte auf Verdringung aus den Grundstücken sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung der am 6. September 1931, am 20. Juni 1931, am 30. April 1931, am 4. April 1931, am 23. September 1931 verlautbarten Verfehrungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren...

Folgende Grundstücke sollen am 24. Februar 1932, an der Gerichtsstelle Hartorfstraße 11, Erdgesch., Zimmer 8, im Wege der Zwangsversteigerung veräußert werden:

1. vormittags 9 Uhr, Za 33/31, Blatt 1028 des Grundbuchs für Leipzig, eingetrag. Eigentümer: Kaufmann Hans Christian Otto...

2. vormittags 1/10 Uhr, Za 263/31, Blatt 604 des Grundbuchs für Leipzig, eingetrag. Eigentümer: Privatmann Arthur Hill...

eingetrag. Eigentümer: Privatmann Arthur Hill in Leipzig, nach dem Grundbuche 84,8 Ar groß und nach dem Verfehrswerte auf 20 900 RM. geschätzt...

3. vormittags 1/10 Uhr, Za 410/30, Blatt 648 des Grundbuchs für Leipzig, eingetrag. Eigentümer: Fa. Gebr. Schillmann...

4. vormittags 10 Uhr, Za 409/31, Blatt 647 des Grundbuchs für Leipzig, eingetrag. Eigentümer: Fa. Gebr. Schillmann...

Rechte auf Verdringung aus den Grundstücken sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung der am 1. am 16. Februar 1931, am 2. am 29. Juli 1931, am 3. am 5. Januar 1931, am 4. am 6. Januar 1931 verlautbarten Verfehrungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren...

Das im Grundbuche für Weidau Blatt 3172 auf den Namen des Kaufmanns Hermann Alfred Weidung in Weidau eingetragene Grundstück soll am Dienstag, den 8. März 1932, vormittags 1/10 Uhr an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsversteigerung veräußert werden.

Das im Grundbuche für Weidau Blatt 16,3 Ar groß und nach dem Verfehrswerte auf 6070 RM. geschätzt, ist ein unbebautes Gartengrundstück und liegt in Weidau an der nach dem Bahne zu führenden Holzstraße, westlich der Eisenbahn...

Die Ansicht der Mitteilungen des Grundbuchamts und der übrigen die Grundstücke betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem geklärt (Zimmer 4b).

Rechte auf Verdringung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 4. Dezember 1931 verlautbarten Verfehrungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Verfehrungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden...

Das im Grundbuche für Weidau Blatt 259 auf den Namen der Martha Marie verheh. Weigel geb. Ester, geb. Schmidt in Leipzig, Thomaststraße 13, eingetragene Grundstück soll am Mittwoch, den 24. Februar 1932, vorm. 9 Uhr an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsversteigerung veräußert werden.

Das Grundstück - Nr. 279 v. des Grundbuchs - ist nach dem Grundbuche 23,1 Ar groß und nach dem Verfehrswerte auf 3000 RM. geschätzt. Es eignet sich als Bauplatz, ist mit Obstbäumen und Beerensträuchern bepflanzt, mit 1 1/2 m hohem Drahtgitter eingezäunt und einem Gartenhäuschen bebaut.

Rechte auf Verdringung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 15. August 1931 verlautbarten Verfehrungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Verfehrungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden...

Auf Blatt 382 des Grundbuchs, betr. die Firma Friedrich Graemer in Großenhain, ist heute eingetragen worden: Die Procura des Kaufmanns Kurt Hugo Richard Koch ist erloschen. 5187 Amtsgericht Großenhain, 8. Januar 1932.

Auf Blatt 381 des Grundbuchs, die Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma Benita Maschinenbau-Gesellschaft m. b. H. in Penig betreffend, ist heute eingetragen worden: Der Kaufmann Otto Bogdan in Chemnitz ist nicht mehr Geschäftsführer...

In das Handelsregister des unterzeichneten Gerichts ist eingetragen worden: am 18. Dezember 1931 auf dem Blatte 397, die Firma Hugo Voigtmann in Lauter betr., daß der Inhaber Buchbinder- und Kartonnagenfabrikant Christian Binecu Hugo Voigtmann in Lauter durch Tod ausgeschieden und daß Frau Auguste Friederike verw. Voigtmann geb. Köhler in Lauter Inhaberin gemorden ist; am 7. Januar 1932 5189 auf dem Blatte 744, die Firma Fritz Bömer in Schwarzenberg betr., daß die Firma erloschen ist.

In das Handelsregister Blatt 117 für die Firma Ernst Hlsemann, Holz-, Eisen- und Steinbearbeitung in Stolpen i. Sa., ist heute eingetragen worden, daß die Procura des Kaufmanns Fritz Willems erloschen ist, sowie daß Procura dem Pauline Maria Hie Hlsemann in Stolpen dasin erteilt ist, daß diese die Firma nur in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen vertreten darf. 5190 Amtsgericht Stolpen, 8. Januar 1932.

Auf Blatt 151 des Grundbuchs, die Firma Waldemar Landros in Kurzbach i. Erzgeb. betr., ist heute eingetragen worden: Der Inhaber Emil Waldemar Landros ist infolge Todes ausgeschieden. Die Kolonialwarenhandlerin Rosa Landros verw. Landros geb. Fischer in Kurzbach i. Erzgeb. ist Inhaberin. 5191 Amtsgericht Zwönitz, 6. Januar 1932.

Sächsische Textil-Berufsgenossenschaft. Die Mitglieder werden gebeten, den Lohnnachweis 1931 an die Sächsische Textil-Berufsgenossenschaft bis spätestens 11. Februar 1932 einzureichen.

Die Mitglieder der Sächsische Textil-Berufsgenossenschaft sind gebeten, den Lohnnachweis 1931 an die Sächsische Textil-Berufsgenossenschaft bis spätestens 11. Februar 1932 einzureichen. (Rechtsverfehrungsordnung § 750, Satzung § 28). Mitglieder, die den Lohnnachweis nicht rechtzeitig oder unvollständig einreichen, haben Einsprüche unter Verlust des Verfehrungs- und Beiratsstimmrechts...

Der Vorstand der Sächsischen Textil-Berufsgenossenschaft Heinrich Hans, Vorsitzender.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Sächsisches Gerichtsblatt. Die am 8. Januar ausgegebene Nr. 1 enthält: 8. Änderung der Besoldungsbestimmungen; Bg. über die Krankenversicherung; Bg. über die Verwendung und Aufrechterhaltung von Konten in Betrieben des Gesundheitswesens und der Wohlfahrtspflege, sowie staatliche Prüfung der Kurpfleger.

Volkswirtschaft. Berliner Börsensonderdienst.

Die Aussprache zwischen Brüning, Stresemann und Dittler gab zwar auch getrennt noch Stoff für die Unterhaltungen von laut zu laut, sie trat aber vor den außenpolitischen Problemen etwas in den Hintergrund. Man will wohl mit keinem Urteil nicht der für heute zu erwartenden Entscheidung der RSDAP vorgreifen. Es sollen von dieser Seite im Zusammenhang mit der Zustimmung zu dem Plan Brüning, eine Amsterdamerklärung des Reichspräsidenten herbeizuführen, keine Bedingungen gestellt werden, sondern es dürften lediglich einige Wünsche geäußert werden, deren Erfüllung dann nach Erhebung der Angelegenheit freibleibe. Außenpolitisch hielt inzwischen die zuverlässigste Stimmung in der Welt an. England legt sich mehr und mehr für eine Einlösung in Lusane ein, aber auch in Frankreich scheint die Beurteilung für Deutschland in den letzten Tagen optimistischer geworden zu sein, denn man führt auch die Festigkeit der deutschen Dollarkonvertibilität an der vorgeschrittenen Neu-Polster Welle in der Danziger auf französischer Seite zurück. Diese sentimentale Erregung der deutschen Auslandswerte ließ freilich der deutschen Rundschau auch getrennt weitere Anläufe folgen, während die Spekulation eher zurückhaltend abhielt, nachdem die Tendenz schon in den vorerwähnten Abhandlungen hauptsächlich wohl auf Gewinnmaßnahmen der Kurse eine kleine Abmilderung erfahren hatte. Das Geschäft war daher getrennt etwas ruhiger als an den Vortagen und die Kursbewegung nicht so barsch wie vorher, die Grundstimmung blieb aber doch freudig, und es ergaben sich gegen die vorgeschrittenen Abendkurse doch meist wieder etwas 1/2% Verbesserungen. Bemerkenswert ist tendenziell Schiffahrtswerte. Charlotten

burger Wasser, Kannefmann, Oberfoks und Schuderer. Aber auch die Hauptwerke, wie Fachsen, Schemm, KSS und Reichspost waren bis zu 1% erhöht.

Betriebsänderungen und -stilllegungen.

(Mitteilung des Statistischen Landesamtes.) Im Dezember 1931 sind beim sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium 597 Anzeigen über beschlossene Betriebsänderungen und -Stilllegungen eingegangen, gegen 486 im Vormonat und 574 im Oktober.

Table with 2 columns: Branch, and 3 columns of figures representing changes in the number of employees.

Im Monat September 1931 waren 403 Betriebsänderungen und -Stilllegungen eingegangen. Von den 59 323 Arbeitern und 9711 Angestellten der Anzeigen erhaltenden Betriebe wurden noch Abstand der in der Regel vier Wochen dauernden Sperrfrist 10 851 bzw. 386 entlassen.

Die Deutsche Reichsbahn im Jahre 1931.

Die Deutsche Reichsbahn veröffentlicht ihren vorläufigen Jahresabschluss über 1931, in dem es heißt: Die Finanzwirtschaft der Reichsbahn hat 1931 noch mehr als 1930 unter dem schließlichen Druck der weiter abnehmenden Einnahmeweisungen gestanden.

Die Deutsche Reichspost im Jahre 1931.

In dem vorläufigen Rückblick der Deutschen Reichspost auf das Jahr 1931 heißt es: Die anhaltende allgemeine Wirtschaftskrise hat den Verkehr der Deutschen Reichspost im abgelaufenen Jahr immer stärker ungünstig beeinflusst.

Am Ende November 1931 konnten durch dieses Substitutionsprogramm in der allgemeinen Wirtschaft rund 24 000 Arbeitskräfte neu eingestellt und rund 23 000 wiederbeschäftigt werden.

Der neue Präsident der Berliner Industrie- und Handelskammer.

In der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer zu Berlin wurde für das Jahr 1932 zum Präsidenten der bisherige Vizepräsident Dr. Karl Heide gewählt.

Gesellschaftsstatistik.

Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im Dezember 1931 145 Aktiengesellschaften mit zusammen 3,7 Mill. RM. Nominalkapital gegründet.

Industrie- und Handelsverzeichnis.

Das Industrie- und Handelsverzeichnis für den 30. Dezember 1931 330 Gesellschaften mit 1,664 Einzel-, 615 Kollektiv- und 209 Personengesellschaften.

Einrichtungen im Ruhrbergbau.

Die Vereinigten Stahlwerke werden auf der Schachtanlage Zollverein in Essen-Katernberg eine Betriebsänderung vornehmen und 1000 Arbeiter zum 1. Februar entlassen.

Einrichtungen im Ruhrbergbau.

Die Vereinigten Stahlwerke werden auf der Schachtanlage Zollverein in Essen-Katernberg eine Betriebsänderung vornehmen und 1000 Arbeiter zum 1. Februar entlassen.

Verstärkte Kontrolle der Photographen.

Der Reichsbildungs- und Erziehungsausschuß hat sich für eine Verstärkung der Kontrolle der Photographen ausgesprochen.

Vereinigte Industrien photographischer Papiere.

In dem seit über zwei Jahren andauernden Konfliktverfahren ist, wie wir erfahren, am Freitag das Gerundsicht Ede Frauen- und Galanterie für 40 000 RM. von der Romanandit-Gesellschaft Balbau & Co., Berlin, in den Besitz der Vereinigten Industrien photographischer Papiere übergegangen.

Reisebericht über die Reichspost.

Der Reichspostbericht für das Jahr 1931 zeigt, dass die Postverwaltung trotz der schwierigen Wirtschaftslage einen guten Betrieb geführt hat.

Reisebericht über die Reichspost.

Der Reichspostbericht für das Jahr 1931 zeigt, dass die Postverwaltung trotz der schwierigen Wirtschaftslage einen guten Betrieb geführt hat.

Wohlstand der Bevölkerung.

Nach den Berechnungen am 8. Januar 1932, 12.00 Uhr, betrug die Zahl der Einwohner in den Städten...

Aus Sachsen.

Bargeldlose Steuerüberweisung.

Wiederholt ist darauf hingewiesen worden, daß nach Einführung der Steuerzahlungsmittel...

Einrichtungen im Ruhrbergbau.

Die Vereinigten Stahlwerke werden auf der Schachtanlage Zollverein in Essen-Katernberg eine Betriebsänderung vornehmen und 1000 Arbeiter zum 1. Februar entlassen.

Einrichtungen im Ruhrbergbau.

Die Vereinigten Stahlwerke werden auf der Schachtanlage Zollverein in Essen-Katernberg eine Betriebsänderung vornehmen und 1000 Arbeiter zum 1. Februar entlassen.

Verstärkte Kontrolle der Photographen.

Der Reichsbildungs- und Erziehungsausschuß hat sich für eine Verstärkung der Kontrolle der Photographen ausgesprochen.

Vereinigte Industrien photographischer Papiere.

In dem seit über zwei Jahren andauernden Konfliktverfahren ist, wie wir erfahren, am Freitag das Gerundsicht Ede Frauen- und Galanterie für 40 000 RM. von der Romanandit-Gesellschaft Balbau & Co., Berlin, in den Besitz der Vereinigten Industrien photographischer Papiere übergegangen.

Reisebericht über die Reichspost.

Der Reichspostbericht für das Jahr 1931 zeigt, dass die Postverwaltung trotz der schwierigen Wirtschaftslage einen guten Betrieb geführt hat.

Reisebericht über die Reichspost.

Der Reichspostbericht für das Jahr 1931 zeigt, dass die Postverwaltung trotz der schwierigen Wirtschaftslage einen guten Betrieb geführt hat.

eigene Person frei Fahrt auf Grund der Freifahrtberechtigung. Damit ist auch den im Reichsbahnverkehr beschäftigten aktiven Kriegsteilnehmern die Möglichkeit gegeben, bei Zusammenzügen freie Fahrt für die eigene Person an Stelle eines Begleiters ihren Führern und frei befahren zu lassen.

Bürgermeisterstelle.

Der Stadt-Größe hat sich zu besetzen. Besetzung: Gruppe 7b beginnend mit 8. Dienstaltersstufe, die Genehmigung der neuen Besoldungsordnung durch Kultusbehörde vorausgesetzt, Ernst C. Bewerber wollen Gesuche nach Unterlagen bis zum 2. Februar 1932 einreichen.

Das lachende Tanzbilderbuch. Käte Eikelberger, Traude Steinbach. Curt von Kessinger, Geo Becker. 11. Januar, 20 Uhr. Trianonstraße, 8790.

Was man braucht für den Garten. Die Freude Blumen. Blumen in Feld und Garten. Was man braucht für den Garten. Die Freude Blumen.

Für Hochwasserregulierung! Gebr. Feldbahnmaterial-Unternehmen. Blumensaat, Baumaterialien, Kleinteile.

Tagestander. Sonntag 10. Januar. Staatsoper. Opernhaus. Hofoper.

Centraltheater. Nachmittags 3 Uhr. (ermäßigte Preise): Das schöne Spielzeug.

Zeitungsmaschinerie. Geträgungsbetriebe Dr. Zwingerstr. 16. hat abzugeben.

Familiennachrichten. Geboren: Ein Knabe: Hrn. Diplom-Handelslehrer William Todsch in Leipzig.

Das Nachdruck und dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt, für den Nachdruck der Originalaufgabe ist Quellenangabe Bedingung.